

<Begrüßung>

man kann über den Stand von Demokratie bei uns verschiedener Meinung sein, aber klar ist, dass im Nachkriegs-Deutschland noch unter dem Erfahrungsschock von Nationalismus, Rassismus und Faschismus ein Grundgesetz-Artikel 8 erstritten werden konnte, der uns das Recht auf friedliche Versammlungen unter freiem Himmel garantiert. Ginge es z.B. nach der Stadt Frankfurt, wäre dieses demokratische Recht überflüssig. Offener Protest gegen menschenverachtende Politik wäre einfach verboten. Egal ob ein Konzert von Konstantin Wecker, eine Mahnwache der Ordensleute für den Frieden, eine Diskussion besorgter Menschen über die Krise, eine internationale Großdemonstration, das Besetzen von Straßen und Plätzen nach dem Vorbild von Occupy Wallstreet oder der lautstarke Einsatz unserer Friedenstrommler hier – nichts davon dürfte stattfinden. Noch ist es zwar wahrscheinlich möglich, diese Rechte vor Gericht einzuklagen, das sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der damit verbundene Abbau demokratischer Rechte derzeit ein weltweites Phänomen ist. Wir werden uns dem entgegenstellen!

Auch unter dem frischen Eindruck der tiefen Weltwirtschaftskrise und des Faschismus, der radikalsten Form von Ausbeutung des Menschen durch Menschen, hat es die Kapitalseite nach dem 2. Weltkrieg hinnehmen müssen, die Lebenslagen der Menschen sukzessive zu verbessern. Unter den Wirtschafts- und Staatslenkern der 50er und 60er Jahre wurde Konsens, dass Menschen eine bestimmte Kaufkraft haben müssen und öffentliche Einrichtungen vom Gemeinwesen vorzuhalten sind, will man so genannte „soziale Verwerfungen“ und tiefe Krisen wie in den Zeiten zwischen den Weltkriegen vermeiden.

Das hat den klassischen Verfechtern der kapitalistischen Wirtschaftsweise nie gefallen, sie mussten die relative Anhebung des Lebensstandards der Volksmassen aber hinnehmen. Doch als Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre das System wieder in den Krisenkurs schlingerte, witterten diese Kräfte, die sich selbst neoliberal nannten und nennen, ihre große Chance. Und sie nutzten sie, griffen wieder an und starteten zu einem globalen sozialen Rollback der Geschichte. Abbau der Kapitalverkehrskontrollen und die marktförmige Umgestaltung öffentlicher Dienstleistung in profitable Anlagefelder für die globale Finanzwirtschaft führten zu dem Phänomen, was seit den 90er Jahren gerne neoliberale Globalisie-

rung genannt wird. Instrumente, die einmal geschaffen waren, um Krisen zu vermeiden und Staaten in Not zu helfen, wurden umfunktioniert. IWF und Weltbank wurden zum Rammbock für das Finanzkapital. Mit ihren Strukturanpassungsprogrammen zwangen sie Gemeinwesen und Volkswirtschaften dazu, den neoliberalen Kurs mitzumachen. In Deutschland fand dieser Angriff auf die sozialen Errungenschaften unter den Namen Agenda 2010, Rürup, Riester und Hartz seinen Höhepunkt.

Spätestens mit der 2007 einsetzenden Krise war jedoch klar, dass diese Politik des Sozialkahlschlages nicht die wirtschaftlichen Erfolge bringt, die vorgegaukelt wurden.

Es wurde immer offensichtlicher, dass Jakob Moneta, langjähriger Herausgeber der Zeitschrift „Metall“, recht behielt, als er feststellte: *„Große soziale Projekte kann eine Marktwirtschaft nicht leisten“*. Ihre „freien Kräfte“ richten ein Unheil nach dem anderen an. Doch wer meint, dass mit dieser Einsicht der „Neoliberalismus“ am Ende sei und die Vernunft wieder einkehre, muss sich als äußerst naiv gegenüber den rigorosen Kapitalinteressen sehen.

Den Herrschenden gelang es mit der von Naomi Klein beschriebenen Schockstrategie, ihre rigorosen Angriffe á la Agenda 2010 auf ganz Europa auszudehnen. Ins Fadenkreuz rückte zunächst vor allem Griechenland, bald war die Rede von einer ganzen Gruppe, so genannten PIIGS-Staaten und heute muss uns allen klar sein: Der Sozialkahlschlag, mit dem sie dort meinen, die Krise ihres Systems aufhalten zu können, und der die Angriffe der Schröder-Fischer-Ära fast nur noch als Manöver erscheinen lässt, der wird über kurz oder lang auch uns treffen. Ein Instrument dazu sind die so genannten Rettungsschirme. Sie werden in immer kürzeren Abständen immer größer, überschreiten nun schon eine Billion und bekommen immer bedrohlichere Namen, die klingen wie Rinderkrankheiten oder Viruserkrankungen nach einem Zeckenbiss. Im Moment heißt der ärgste Knüppel, mit dem sie die abhängig Beschäftigten in ganz Europa schlagen wollen, „Fiskalpakt“.

Er nutzt ganz wenigen und schadet sehr vielen – in erster Linie den lohnabhängigen Massen, d.h. den abhängig Beschäftigten, Erwerbslosen und RentnerInnen bei uns und in ganz Europa. Hier dürfen wir nicht länger zuschauen. Wann gibt es eine Stunde der internationalen Solidarität, wenn nicht jetzt? Meine Gewerkschaft, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

begrüßt es deshalb, wenn sich Menschen in Camps Gedanken über die kreditgetriebene Finanzwirtschaft machen und zu so genannten „Occupy“-Aktionen übergehen, ob in Spanien, in New York, Oakland oder vor der EZB in Frankfurt (Main). Sie stellen möglicherweise den Anfang einer neuen sozialen Bewegung dar, die zunächst die haarsträubenden Machenschaften der Banken angreift, Zug um Zug aber das gesamte Krisensystem in ihren Blick rückt.

So wie private Zocker, Banken und Konzerne unverblümt ihre Interessen an den runden Lobbytischen von IWF, WB und EU durchsetzen, müssen sich auch die abhängig Beschäftigten auf ihre politisch-ökonomischen Interessen besinnen, ihre Forderungen danach ausrichten und diese in Solidarität mit den abhängig Beschäftigten der anderen Staaten energisch vortragen:

1. Die bisher aufgespannten „Rettungsschirme“ und die damit verbundenen Lohnsenkungen, Anhebungen des Renteneintrittsalters, Arbeitszeitverlängerungen usw. dienen allein privaten Zockern, Banken und Konzernen. Schluss damit!
2. Die Schulden Griechenlands wurden nicht von den griechischen Volksmassen verursacht, sie sind komplett zu streichen! Die Verursacher sollen ihre Schuldenkrise selbst bezahlen - hier, dort und anderswo!
3. Die herrschende Klasse Deutschlands hat im Zuge ihrer neo-merkantilistischen Politik (Huffschmidt 2007) vom Euro und von den Staatsschulden am meisten profitiert. In den letzten Jahren wurden Körperschaftssteuer und der Spitzensatz der Einkommensteuer massiv gesenkt. Das führte zu Steuerausfällen für das Gemeinwesen in Höhe von jährlich nahezu 50 Mrd. Diese Steuern müssen wieder drastisch angehoben werden.
4. Das gesamte Geldvermögen in Deutschland beträgt etwa fünf Milliarden Euro. Auf das oberste Zehntel der Haushalte entfällt die Hälfte davon. Die Reichen müssen mit einer Sonderabgabe deutlich zur Senkung der Staatsschuld beitragen. Die Vermögenssteuer muss wieder eingeführt werden.
5. Wenn schon eine Mehrwertsteuer, dann auch auf Finanzprodukte, nicht nur auf Brot. Das Attac-Projekt schlechthin, die Finanztransaktions-Steuer, muss eingeführt werden. Sie ist eine Voraussetzung dafür, dass der Schuldenberg nicht einseitig von den kleinen Leuten abgetragen, die Öffentli-

che Hand saniert und in der Folge auch das Sieben-Prozent-Ziel beim Anteil der öffentlichen Bildungskosten am Bruttoinlandsprodukt erreicht wird.

6. Die Banken drehen trotz ihrer tiefsten Krisenerfahrungen seit 1945 weiterhin mit möglichst wenig Eigenkapital möglichst große Krediträder. Die Verluste laden sie auf den Staat ab. Deshalb muss das Eigenkapital der Banken auf mindestens zehn Prozent der Aktiva angehoben werden.
7. Handelbare Kreditausfallversicherungen ohne Deckung (CDS) und Refinanzierungsmittel risikobehafteter Kreditforderungen wie CDOs müssen wie die so genannten Leerverkäufe verboten werden.
8. Weltweit gehen Menschen gegen Banken und Regierungen auf die Straße. Nur durch breite Massenproteste können Änderungen der Politik der Herrschenden erzwungen werden. Wenn wir nicht wollen, dass die Krisenlasten einseitig auf die abhängig Beschäftigten abgewälzt werden, brauchen wir z.B. einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, der keine Hartz-IV-Aufstockung mehr nötig macht. Wir brauchen die Erhöhung des Hartz IV-Eckregelsatzes auf mindestens 500 Euro, eine deutliche Arbeitszeitverkürzung in Richtung 30 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich sowie eine auskömmliche Mindestrente, und zwar nicht erst mit 67, sondern bereits mit 60 Jahren.
9. Anstelle von Rettungsschirmen, Strukturpassungsprogrammen und Fiskalpakt müssen (Hilfs-)Programme aufgelegt werden, die den Wiederaufbau bzw. Ausbau des Öffentlichen Sektors beinhalten. Das betrifft nicht nur den immer mehr privatisierten Bildungsbereich, sondern auch die Bereiche Verkehr, Verwaltung, Gesundheitswesen, Wasserversorgung und spätestens seit Fukushima besonders dringend: eine dezentrale Energieversorgung auf Basis erneuerbarer Energieträger.

**Schluss mit den „Rettungsschirmen“ für Zocker, Banken und Konzerne!  
Weg mit dem unsäglichen Fiskalpakt!  
Stoppt den Sozialkahlschlag – hier und in ganz Europa!  
Die Verursacher sollen zahlen für IHRE Krise!  
Hoch die internationale Solidarität!  
Auf nach Frankfurt am nächsten Samstag!**